1

Die DDR in den 1980er Jahren

Entgegen allen Beschwörungen ihrer Staatsführung steckt die DDR in den 1980er Jahren in einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise. Die verkündete „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ist in eine Schieflage geraten. Nicht nur zerfallende Altbauten, auch das „Schlange stehen“ prägt das Bild der meisten Städte in der DDR. Ob Südfrüchte, Bettwäsche, Jeans, Autoersatzteile oder Zement: vieles ist knapp oder fehlt oft ganz. Die Anzeichen für die Mangelwirtschaft häufen sich und sorgen bei der Bevölkerung für größer werdenden Unmut.

1985 beginnt Michail Gorbatschow in der Sowjetunion eine tief greifende Reformpolitik, die von vielen DDR-Bürgern begeistert aufgenommen wird. Doch die SED verweigert aus Angst vor einem Machtverlust jegliche Veränderungen. Öffentlichkeitswirksame Aktionen, die das politische System in Frage stellen, werden nach wie vor verfolgt.

Auf Grund der Krise in der Wirtschaft, nicht eingehaltener Konsumversprechen und gesellschaftlicher Stagnation braut sich in der „Stille dieser langweiligsten Jahre der DDR“ eine allgemeine Unzufriedenheit zusammen, die nicht mehr lange unter Kontrolle gehalten werden kann.



MENSCHENSCHLANGE VOR EINEM OBSTLADEN IN ROSTOCK, CA. 1982. | Archiv Bundesstiftung Aufarbeitung, Bestand Uwe Gerig, Bild-Nr. 2181.



PARTEILOSUNG AN EINEM HAUS IN HEILIGENSTADT, ANFANG DER 80ER JAHRE. | Archiv Bundesstiftung Aufarbeitung, Bestand Uwe Gerig_266.

2

Die manipulierte Kommunalwahl

Die SED beansprucht als „Partei der Arbeiterklasse“ die uneingeschränkte Führungsrolle. Konkurrierende Parteien oder Listen sind im Wahlrecht der DDR nicht vorgesehen. Offiziell gelten die Wahlen als gleich, geheim und frei. Doch der auf ein bloßes „Zettelfalten“ reduzierte Wahlakt erfolgt in der Regel öffentlich, ohne Benutzung einer Wahlkabine.

Im Mai 1989 verlaufen die Kommunalwahlen nicht so ungestört wie in den Jahren zuvor. Erstmals schlagen Mitglieder von Oppositionsgruppen eigene Kandidaten vor. Ihr Versuch scheitert. So bleibt ihnen nur, ihre Gegenstimme öffentlich abzugeben und die Wahlen zu beobachten. In einigen Städten gelingt es unabhängigen Bürgern, an der Stimmauszählung in sämtlichen Wahllokalen eines Wahlkreises teilzunehmen und eigene Hochrechnungen zu erstellen. In Neubrandenburg werden bis zu zehn Prozent mehr Nein-Stimmen als offiziell angegeben ermittelt. Daraufhin legen Bürgerrechtler Einspruch gegen die Wahl ein, erstatten Anzeige wegen Wahlfälschung und demonstrieren gegen den Wahlbetrug.



AUSZÄHLUNG MIT BEOBACHTERN IN EINEM BERLINER WAHLLOKAL AM 7. MAI 1989. | Archiv Bundesstiftung Aufarbeitung, Bestand Klaus Mehner, 89_0507_POL_Wahlen_05.



WAHLPLAKAT FÜR DIE KOMMUNALWAHL AM 7. MAI 1989. | SVZ-Archiv/Repro ADN-ZB.

3

Die Ausreisewelle

Im ersten Halbjahr 1989 lässt die DDR-Führung 86 000 Antragsteller ausreisen, um die bevorstehenden Feierlichkeiten zum 40. Staatsjubiläum nicht zu gefährden. Statt politischen Druck abzubauen, erreicht sie jedoch das Gegenteil: Weitere Bürger stellen Anträge auf Ausreise und tragen ihr Begehren nachdrücklich in die Öffentlichkeit.

Die reformkommunistische Regierung Ungarns beginnt am 2. Mai 1989, die Grenzsicherungsanlagen zu Österreich abzubauen. Hunderte DDR-Bürger besetzen die bundesdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau. Andere sammeln sich in Zeltlagern in Grenznähe und warten auf ihre Ausreise. Als Ungarn am 10. September seine Grenzen endgültig öffnet, fliehen auf diesem Wege Zehntausende aus der DDR, unter ihnen ca. 5000 Menschen aus den drei Nordbezirken Schwerin, Rostock, Neubrandenburg. In den Massenmedien wird diese Entwicklung zunächst negiert oder als Folge bundesdeutscher Einflussnahme hingestellt. Am 3. Oktober 1989 riegelt die DDR ihre Grenze zur Tschechoslowakei vollständig ab und versucht so, den Aderlass zu stoppen.



30. SEPTEMBER 1989: IN DER PRAGER BOTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK WARTEN ÜBER 4000 DDR-BÜRGER AUF IHRE AUSREISE. | Seebode / Bundesregierung B 145 Bild-00048987.



DEUTSCHE VOLKSPOLIZEI SCHWERIN – BEMALTE WAND, 9. AUGUST 1988. | BStU, MfS-BV Schwerin, AKG-13b.

4

Die Opposition formiert sich

Mit dem anschwellenden Ausreisestrom aus der DDR ist die politische Krise der SED allgemein sichtbar. Das ermutigt zahlreiche Friedens-, Umwelt- und Bürgerrechtsgruppen, mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit zu treten. Im September 1989 rufen verschiedene Oppositionelle zur Gründung von Bürgerbewegungen, Parteien oder Verbänden auf. Der Staat verweigert ihnen die Zulassung. Doch der Prozess der Erneuerung ist nicht mehr zu stoppen. Der frühe und programmatisch sehr offene Gründungsaufruf des Neuen Forums wirkt als oppositionelle Initialzündung. Vor allem die Kirchen werden zu Zentren der Information, des Austausches und der Ermutigung. Am 5. Oktober kommen in der Rostocker Petrikirche 600 Menschen zu einer Fürbittandacht für in Leipzig inhaftierte Demonstranten zusammen. Der Friedenskreis der Stralsunder Marienkirche lädt einen Tag später zu einer Veranstaltung unter dem Motto „Besinnen statt jubeln“ ein, während draußen die Wasserwerfer der Staatsmacht in Bereitschaft stehen.



ANMELDUNG DES NEUEN FORUMS IM BEZIRK SCHWERIN VOM 18. SEPTEMBER 1989. | Martin Klähn, Schwerin, Privatarchiv.



EINLADUNG ZUR FÜRBITTANDACHT AM 5. OKTOBER 1989 IN DIE PETRIKIRCHE ROSTOCK. | Sammlung Dr. Bernhard Schmidtbauer, Rostock.

5

40. Jahrestag der DDR

Trotz Wahlbetrugs, Massenflucht und zunehmender Proteste zeigt sich die Partei- und Staatsführung fest entschlossen, den 40. Jahrestag der DDR mit dem üblichen propagandistischen Aufwand zu feiern. Zu diesem Ereignis erwartet sie 4000 geladene Gäste und 70 ausländische Delegationen. Noch stärker als in den Jahren zuvor gleicht die Inszenierung einer selbstherrlichen Beschwörung von Sozialismus, Fortschritt und Sicherheit. Die Jubelfeiern werden mit einer Militärparade auf dem Berliner Marx-Engels-Platz eröffnet. Wenige Stunden später redet der an Reformen interessierte sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow seinen deutschen Genossen vom Politbüro ins Gewissen. Die Staatsmacht weiß um ihre schwierige Lage. Polizei und Armee sind angewiesen, jegliche Störungen der Feiern zu verhindern. Außer in Berlin gelingt es ihnen, die öffentlichen Proteste schnell unter Kontrolle zu bringen.



TRIBÜNE WÄHREND DER MILITÄRPARADE ZUM 40. JAHRESTAG DER DDR. | Klaus Franke / Bundesarchiv, Bild 183-1989-1007-402.


FREIE ERDE

Sozialismus und Frieden sind und bleiben die Schlüsselworte für unseren Kampf

Gorbatschow: Existenz und Wirken der DDR dient dem Frieden Europas

Jugend der DDR in Uniform und im Blauhemd

TITELSEITE DES NEUBRANDENBURGER SED-BEZIRKSORGANS FREIE ERDE VOM 8. OKTOBER 1989. | Stadtarchiv Neubrandenburg.

6

Die Demonstrationen breiten sich aus

In Leipzig demonstrieren seit Ende des Sommers zunehmend mehr Menschen im Anschluss an die politisch inspirierten Friedensgebete in der Nikolaikirche. Am 9. Oktober ist die Atmosphäre besonders angespannt, ein Blutvergießen wird befürchtet. In den Abendstunden versammeln sich rund 70 000 Menschen rings um die Nikolaikirche und auf dem Karl-Marx-Platz. Von hier aus geht der Demonstrationszug erstmals um den gesamten Innenstadtring. Der Ruf „Wir sind das Volk!“ wird zur Losung des Tages und das Ausbleiben von Gewalt zum entscheidenden Wendepunkt für die friedliche Revolution.
Fortan gehen auch die Menschen in vielen kleinen und größeren Städten des Nordens auf die Straße. Die SED bemüht sich um einen Dialog mit den Bürgern, dessen Spielregeln sie bestimmen will. Dabei verfolgen die Bezirks-Parteichefs verschiedene Strategien. Während es in Schwerin zu einer Konfrontation kommt, setzt die Rostocker Bezirksleitung auf vorsichtiges Taktieren. In Neubrandenburg versucht man, die Demonstrationen durch eine vorsichtige Dialogpolitik einzudämmen. Keine der Strategien erzielt die erhoffte Wirkung.



DEMONSTRATIONSZUG AM 9. OKTOBER 1989 IN LEIPZIG. | Uwe Pullwitt, Leipzig.



DEMONSTRATION IN WISMAR AM 7. NOVEMBER 1989. | Jochen Pinneberg, Archiv der Hansestadt Wismar.

Die Ausstellung

Die Wanderausstellung „Aufbruch im Norden. Die friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern 1989/90“ dokumentiert exemplarisch deren Ursprünge, Verlauf, Akteure und Ergebnisse.
Dabei richtet sich der Blick auf die Ereignisse in der gesamten DDR, bspw. die Proteste anlässlich der gefälschten Volkskammerwahl vom 7. Mai 1989 oder die Ausreisewelle im Sommer 1989 und die anschließende Formierung der Opposition. Parallel dazu werden die allgemeinen Entwicklungen anhand von Beispielen in den drei ehemaligen Nordbezirken (Neubrandenburg, Rostock, Schwerin) veranschaulicht. Damit werden die vielfältigen Gründe für die zunehmende Auflehnung der Bürger gegen das SED-Regime nachvollziehbar.
Die Ausstellung umfasst insgesamt 13 Tafeln mit Vorder- und Rückseite, die den Umrissen einer Menschenkette nachempfunden sind. Bei Aufstellung leicht winkelig versetzt im Halbkreis, nimmt sie etwa eine Länge von 10 Metern ein. Eine Tafelseite steht für die Präsentation lokaler Forschungen zur Verfügung. Die Ausstellung kann kostenfrei ausgeliehen werden.
Nähere Informationen erhalten Sie unter 0385 – 3020910 oder www.friedliche-revolution-1989.de



BLICK IN DIE AUSSTELLUNG. | LStU.

Impressum:
Eine Ausstellung der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern und der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Schwerin, 2009

lpB Mecklenburg-Vorpommern

Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Inhalt: Martin Klähn, Dr. Kai Langer, Uta Rüchel
Layout: Marco Pahl, www.grafikagenten.de

Für die Unterstützung beim Zustandekommen der Ausstellung durch die Bereitstellung von Bildern und Dokumenten danken wir:
Associated Press, Archiv der Hansestadt Wismar, Nick Becker, Berlin, Gerhard Behrens, Wismar, Johannes Beleites, Berlin, Günter Blutke, Berlin, Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Außenstellen Schwerin und Neubrandenburg, Bundesarchiv Koblenz, Bundesbildstelle Bonn, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Robert Conrad, Berlin, Rainer Cordes, Schwerin, Gerhard Gäbler, Geschichtswerkstatt Rostock, Heimatmuseum Dömitz, Kreisarchiv Nordwest-Mecklenburg, Jürgen Matschie, Bautzen, Mecklenburgisches Landesarchiv, Schwerin, Pommersches Landesarchiv, Greifswald, Uwe Pullwitt, Leipzig, Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin, Hans-Joachim Röder, Berlin, Jens Rosbach, Berlin, Dr. Bernhard Schmidtbauer, Rostock, Hans-Jürgen Schulz. Neubrandenburg, Schweriner Volkszeitung, Andreas Schölzel, Berlin, Stadtarchiv Neubrandenburg, Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR, Lothar Steiner, Berlin, Gerhard Stoll, Neubrandenburg, Die Tageszeitung, Berlin.

Mauerfall und Grenzöffnung

„Die Mauer ist gefallen!“ Als diese Nachricht am 9. November 1989 über das Fernsehen in die Wohnzimmer der DDR gelangt, machen viele sich sofort auf den Weg. Sie wollen mit eigenen Augen sehen, ob das jahrzehntelang Undenkbare wirklich wahr ist. Lange Auto-Kolonnen bilden sich in Richtung der innerdeutschen Grenze. Die wenigen existierenden Grenzübergänge können den Andrang der Bürger kaum bewältigen. Neue Übergänge werden zunächst provisorisch geschaffen. Der grenzüberschreitende Fährverkehr über die Elbe, der mit dem Mauerbau eingestellt worden war, wird wieder aufgenommen. Auch auf der Ostsee verbinden Fähren die Menschen zwischen Ost und West. Die neue Situation löst nicht nur Freude aus. Viele Menschen befürchten ein vorschnelles Ende der eigenständigen Reformbemühungen in der DDR. Die Schriftstellerin Christa Wolf u.a. formulieren ihre Ängste und Zukunftsvorstellungen in dem Aufruf „Für unser Land“. Obwohl sich den Erstunterzeichnern über eine Million Bürger anschließen, löst die Aktion gleichzeitig heftige Gegenwehr aus. Angesichts der offenen Grenze und der täglichen Enthüllungen über das Ausmaß der wirtschaftlichen Missstände, Amtsmissbrauch und Korruption verlieren immer mehr Menschen das Vertrauen in die Reformierbarkeit der DDR. Auf den Demonstrationen werden die Rufe „Wir sind ein Volk“ immer lauter.



GÜNTHER SCHABOWSKI INFORMIERT IN- UND AUSLÄNDISCHE JOURNALISTEN ÜBER DIE ERGEBNISSE DES 10. PLENUMS DES ZK DER SED, BERLIN AM 9.11.1989. | Thomas Lehmann / Bundesarchiv, Bild 183-1989-1109-030.



INBETRIEBNAHME EINER GRENZÜBERSCHREITENDEN FÄHRLINIE ZWISCHEN DÖMITZ UND KALTENHOF AM 7.12.1989. | Heimatmuseum Dömitz.

Die Entmachtung von SED und Stasi

Gestützt auf die Demonstrationen im gesamten Land kämpfen die neuen politischen Bewegungen und Parteien um eine Beteiligung an der Macht. Am 1. Dezember beschließt die DDR-Volkskammer, die „führende Rolle“ der SED aus der Verfassung zu streichen. Die bislang führenden Gremien von Staat und Partei sind zurückgetreten. Fortan werden die Forderungen nach einer Auflösung der Staatssicherheit immer lauter. In fast allen Bezirks- und Kreisstädten der DDR führen Protestzüge an den Amtssitzen der „Stasi“ vorbei. Als sich die Gerüchte über groß angelegte Aktenvernichtungen in den Dienststellen des Amtes für Nationale Sicherheit erhärten, kommt es am 4. Dezember zuerst in Erfurt und Rostock, später auch in den anderen Bezirksstädten zur friedlichen Besetzung der Bezirksämter. Unmut und Hass gegenüber den Repräsentanten der SED und der Staatssicherheit äußern sich immer offener. Angesichts der steigenden Gewaltbereitschaft wird am 4. Dezember eine „Sicherheitspartnerschaft“ zwischen Oppositionsgruppen und Staatsorganen vereinbart. Am 7. Dezember trifft sich der Zentrale Runde Tisch in Berlin wie auch der Runde Tisch des Bezirkes Neubrandenburg zum ersten Mal. Demokratische Mitbestimmung und vor allem Krisenmanagement sind jetzt gefragt. Die Runden Tische arbeiten in einer innenpolitisch angespannten Situation.



GESPRÄCH BEIM RAT DER STADT NEUBRANDENBURG AM 16.11.1989 ZUR VORBEREITUNG DES RUNDEN TISCHES – RECHTS DIE „ALTEN“ MIT OBERBÜRGERMEISTER HAHN, LINKS DIE „NEUEN“ U.A. MIT GERHARD STOLL VOM NEUEN FORUM. | Hans-Jürgen Schulz, Neubrandenburg.



ANTI-SED-KUNDGEBUNG IN SCHÖNBERG, 6. DEZEMBER 1989. | Archiv des Landkreises Nordwestmecklenburg.

Die politische Landschaft im Wandel

Der politischen Bevormundung durch die SED enthoben, müssen die staatlichen Verwaltungsorgane alle Entscheidungen in eigener Verantwortung fällen. Führende Vertreter der Opposition gehören seit dem 28. Januar 1990 als Minister ohne Geschäftsbereich zur „Regierung der nationalen Verantwortung“. Doch sind die Bürgerbewegungen weder konzeptionell noch personell in der Lage, die Macht zu übernehmen. Darüber hinaus beginnt ihre Basis zu bröckeln, weil sie in wichtigen Zukunftsfragen uneins sind und immer mehr Menschen lieber in den Westen reisen.
Angesichts dieser Entwicklungen zeigen sich die politisch handelnden Personen offen für Kooperationen mit westlichen Partnern. Das „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ der Bundesregierung weist die DDR-Regierung zurück, da die wirtschaftliche Soforthilfe an einen grundlegenden Wechsel des politischen und wirtschaftlichen Systems gebunden ist. Dafür akzeptiert sie ein Angebot des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten zur Unterstützung des Reformprozesses in den drei Nordbezirken. Die Bedeutung der politischen und wirtschaftlichen Einflüsse aus der Bundesrepublik wächst. Der Stimmungsumschwung in der Bevölkerung ist offensichtlich.



REGIERUNG DER NATIONALEN VERANTWORTUNG AM 5. FEBRUAR 1990, V.L.N.R.: TATJANA BÖHM (UNABHÄNGIGER FRAUENVERBAND), KLAUS SCHLÜTER (GRÜNE LIGA), GERD POPPE (INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE) UND HANS MODROW (SED-PDS). | Gabriele Senft / Bundesarchiv, Bild 183-1990-0205-018.



ABBERUFUNG DES OBERBÜRGERMEISTERS DURCH DIE STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG IN WISMAR. | Jochen Pinneberg, Archiv der Hansestadt Wismar.

Der schnelle Weg zur Einheit

Entgegen der Absprachen am Zentralen Runden Tisch werden die politischen Auseinandersetzungen zunehmend von erprobten Wahlkampfstrategen aus der Bundesrepublik bestimmt. CDU, FDP und SPD schicken prominente Redner in den Norden der DDR, unter ihnen Theo Waigel, Hans-Dietrich Genscher, Otto Graf Lambsdorff, Willy Brandt und Helmut Schmidt. Den meisten Zulauf hat Bundeskanzler Helmut Kohl bei seinem Auftritt in Rostock. Unter seiner Schirmherrschaft steht auch die „Allianz für Deutschland“, die unter dem Motto „Freiheit und Wohlstand - Nie wieder Sozialismus“ zur ersten freien Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990 antritt und die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen kann. Die bitterste Niederlage stecken an diesem Tag die Bürgerbewegungen ein. Sie erreichen nicht einmal drei Prozent.
Die neue DDR-Führung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU) nimmt umgehend Verhandlungen mit der Kohl-Regierung über eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion auf. Am 1. Juli 1990 tritt sie in Kraft. Im kurz darauf beschlossenen Einigungsvertrag werden die Modalitäten eines raschen Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland geregelt. Am 3. Oktober 1990 um 0.00 Uhr wird die staatliche Einheit Deutschlands vollzogen. Die DDR ist Geschichte.

	CDU	SPD	PDS	DSU	BFD	BÜ'90	DBD	GP UFV	Sonstige
Bezirk Rostock	34,2	24,8	23,2	2,8	3,3	2,6	4,3	1,9	2,4
Bezirk Schwerin	39,7	25,3	17,8	1,9	4,5	2,5	4,0	2,3	1,5
Bezirk Neubrandenburg	36,0	21,1	25,8	2,0	3,0	1,5	6,2	1,7	2,2
Nordbezirke gesamt	36,3	23,9	22,4	2,3	3,6	2,3	4,8	2,0	2,1
DDR gesamt	40,8	21,9	16,4	6,3	5,3	2,9	2,2	2,0	2,3

WAHLERGEBNISSE IN DEN DREI NORDBEZIRKEN. | Dr. Kai Langer, „Ihr sollt wissen, daß der Norden nicht schläft“.



BESCHLUSS DER VOLKSKAMMER DER DDR VOM 23. AUGUST 1990 ÜBER DEN BEITRITT DER DDR ZUR BUNDESREPUBLIK. | Engelbert Reineke / Bundesregierung, B 145 Bild-00105920.



Aufbruch im Norden

Die friedliche Revolution in Mecklenburg und Vorpommern 1989/90











